



## Interview

# Der Kampf um Frauenrechte und Genderdiversität – zwischen Quotenregelung und Anti-LGBTIQ-Narrativen

© Watch Indonesia!

*Khotimun Sutanti, geschäftsführende Koordinatorin der indonesischen Rechtshilfeorganisation LBH APIK, stellt bei den Wahlen 2024 eine Zurückhaltung von Amtsträger:innen und Kandidat:innen fest, sich mit Fragen von Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit zu befassen. Im Gespräch mit Watch Indonesia! weist sie auf die Alibifunktion der gesetzlich vorgeschriebenen Frauenquote hin und konstatiert einen wachsenden Einfluss antifeministischer und homophober fundamentalistischer Bewegungen.*

\*\*\*

**Wie schätzt du die Beteiligung von Frauen bei den Wahlen 2024 ein, auch vor dem Hintergrund der Quotenregelung, nach der Frauen 30 Prozent der Kandidat:innen stellen sollen?**

Durch die Einführung der 30-Prozent-Quote für Frauen bei den Parlamentswahlen wurden politische Parteien dazu gebracht, mehr Kandidatinnen zu nominieren. Ein Fortschritt besteht auch darin, dass in der Reihenfolge der Nominierungen unter jeweils drei Kandidaten eine Frau vertreten sein soll, anstatt lediglich auf die Gesamtzahl weiblicher Kandidatinnen zu schauen.

Dies ist ein Ergebnis des anhaltenden Engagements der Frauenbewegung. Gleichzeitig treten neue Herausforderungen in Erscheinung, die den soziokulturellen Barrieren, denen Frauen in der Politik begegnen, nicht gerecht werden und die eigentlich bestehende Verankerung von Frauenförderung unterminieren. So trägt eine 2023 verabschiedete Reform des Wahlgesetzes dazu bei, dass sich die Chancen von Frauen auf ein politisches Amt verringern.

Das Erreichen der 30-Prozent-Quote stellt oft eher eine symbolische Geste dar und ist allein keine tatsächliche Veränderung. Es bestehen berechtigte Bedenken, dass die Nominierung von Frauen hauptsächlich dazu dient, die Quote zu erfüllen. Dies reicht jedoch nicht aus, um zugrunde liegende Ungerechtigkeiten zu korrigieren und ein Umfeld zu schaffen, das ihre Entwicklung als politische Entscheidungsträgerinnen unterstützt. Man muss anerkennen, dass einzelne Parteien Maßnahmen ergriffen haben, wie beispielsweise die Schulung weiblicher Kandidatinnen. Entscheidend ist jedoch, Frauen in

der Politik zu stärken und ein unterstützendes Umfeld zu schaffen. Patriarchale kulturelle Einflüsse, die Stigmatisierung aufrechterhalten und Frauen im Haushalt eine doppelte Belastung auferlegen, müssen angegangen werden. Die überwiegend von Männern dominierte Politiklandschaft behindert bis heute den Fortschritt von Frauen.

**Wie ist deine Prognose hinsichtlich der Beteiligung von Frauen an den Wahlen 2024? Glaubst du, dass sich viele Wählerinnen für Kandidatinnen entscheiden werden, die frauenspezifische Themen ansprechen?**

Es gibt quantitative und qualitative Aspekte, was die politische Partizipation von Frauen angeht. Es besteht weiterhin die Gefahr einer Nicht-Einhaltung der Frauenquoten in den gesetzgebenden Körperschaften. Entgegen früherer Behauptungen der nationalen Wahlkommission (Komisi Pemilihan Umum, KPU), dass die Anzahl weiblicher Kandidaten 30 Prozent überschritten habe, zeigen z.B. Untersuchungen des Network for Democracy and Electoral Integrity (Netgrit) ein anderes Bild. Von den 18 nationalen politischen Parteien, die an den Wahlen 2024 teilnehmen, erfüllten 17 in mehreren Wahlkreisen die Frauenquote nicht.

In vergangenen Legislaturperioden haben sich einige Abgeordnete für die Belange von Frauen und marginalisierten Gruppen eingesetzt, z.B. bei Gesetzesentwürfen zu Menschen mit Behinderungen, dem Gesetz zum Schutz von Wanderarbeiter:innen und in jüngerer Zeit dem Gesetz zur Bekämpfung sexueller Gewalt (Tindak Pidana Kekerasan Seksual, TPKS). Allerdings haben diese Themen im Wahlkampf oft keine Priorität, was auch darauf zurückzuführen ist, dass die Mehrheit der Wähler:innen den Themen keine große Bedeutung beimisst.

Trotz einzelner Fortschritte bleiben bestimmte Gesetzesentwürfe, wie etwa das Gesetz zum Schutz von Hausangestellten (Perlindungan Pekerja Rumah Tangga, PPRT), weiterhin in der Schwebelage. Einige Parlamentarier:innen sind der Ansicht, dass der PPRT-Gesetzesentwurf zu Konflikten zwischen Arbeitgeber:innen und den weiblichen Hausangestellten führen könnte.

Obwohl einige Abgeordnete bei einzelnen Gesetzesentwürfen ihr Engagement für geschlechtsspezifische Fragen und marginalisierte oder vulnerable Gruppen unter Beweis gestellt haben, geraten andere Prozesse ins Stocken. Während des Wahlkampfes zeigten Kandidat:innen oder potenzielle Parlamentarier:innen keine erkennbaren Bemühungen, frauenspezifischen Themen und den Anliegen vulnerabler Gruppen in ihren Kampagnen Vorrang einzuräumen. Während einige sich für das Wohlergehen von Kindern und die Gesundheitsversorgung einsetzten, blieb ihr Fokus auf geschlechtsspezifische Fragen und gefährdete Gruppen hinter den Erwartungen zurück.

Die Wahlprogramme der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten greifen frauenspezifische Themen und Anliegen vulnerabler Bevölkerungsgruppen zwar mitunter auf, aber im Wahlkampf erhalten diese Themen letztlich kaum Aufmerksamkeit. Die Kandidaten halten sich zurück, gesellschaftlich sensible Themen zu adressieren und in ihre Wahlprogramme aufzunehmen, aus Furcht vor negativen Reaktionen der Wähler:innen.

Viele Wähler:innen scheinen sich eher an identitätspolitischen Fragen wie Religion und Ethnie zu orientieren anstatt an Themen, die sich unmittelbar auf Frauen und vulnerable Gruppen auswirken. Auch wenn politische Versprechen wie eine verbesserte Gesundheitsversorgung oder Transportmöglichkeiten von Bedeutung sind, müssen

Wähler:innen weiterhin kritisch sein, wer wirklich von diesen Versprechen profitiert und ob Frauen und benachteiligte Gruppen tatsächlich eine angemessene Versorgung oder besseren Zugang erhalten.

### **Warum werden als sensibel angesehene Themen im Wahlkampf so wenig diskutiert oder ausgeblendet?**

Geschlechterbezogene Themen, insbesondere als gesellschaftlich sensibel eingestufte, werden von Präsidentschafts-, Vizepräsidentschafts- oder Abgeordneten kandidat:innen selten klar adressiert. Themen wie die Verheiratung Minderjähriger, die Rechte von Hausangestellten, der Zugang zu sicherer Abtreibung für Opfer sexueller Gewalt und zahlreiche andere geschlechtsbezogene Themen finden im politischen Diskurs nur wenig Beachtung, entweder weil sie als unpopulär wahrgenommen werden oder weil sie das Potenzial für Kontroversen mit sich bringen.

Politische Ansätze bedienen sich oft religiöser oder identitätsbasierter Themen, um Unterstützung zu gewinnen. Beunruhigend ist, dass einige Politiker:innen immer noch auf frauenfeindliche Aussagen zurückgreifen, so z.B. in jüngerer Zeit der Vorwurf, Frauen seien die Ursache für die Korruption ihrer Ehemänner.



© Watch Indonesia!

### **Geschlechterdiversität bleibt ein Thema, das in Indonesien nicht offen diskutiert wird, obwohl Diskussionen über den Aufbau einer integrativen Gesellschaft allmählich an Bedeutung gewinnen. Wie wird sich dies auf die Wahlen 2024 auswirken?**

Sensiblen Themen wie Genderdiversität wird in politischen Kreisen oft mit Diskriminierung begegnet und hat in manchen Fällen juristische Auswirkungen. Es fehlt an Bereitschaft, die Herausforderungen von Menschen mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten anzuerkennen. Sexuelle Vielfalt wird als „ansteckend“ oder mit sexueller Gewalt gegen Kinder verbunden dargestellt. Diese tief verwurzelten Stigmatisierungen nehmen immer weiter zu und können Verfolgung oder Gewalt nach sich ziehen.

Einzelne Fraktionen innerhalb der Regierung wehren sich gegen „soziale Inklusion“ – aus Furcht, als Unterstützer von LGBTIQ wahrgenommen zu werden. Dabei geht soziale Inklusion über die Geschlechterdiversität hinaus und umfasst auch die Rechte älterer Menschen, Kinder, religiöser Minderheiten und anderer Gruppen.

## **Hängt dies mit dem Aufstieg religiöser fundamentalistischer Gruppen zusammen?**

Es besteht definitiv ein Zusammenhang. Die Demokratisierung seit 1998 führte nicht nur zu Fortschritten in Menschenrechtsfragen, sondern auch zu einer deutlichen Ausbreitung des religiösen Fundamentalismus. Während der Diskussionen zum Gesetz gegen sexuelle Gewalt konnten wir ein Erstarren der antifeministischen Bewegung feststellen. Religiöse Gruppen leisteten erheblichen Widerstand gegen das Gesetz und warfen der Frauenbewegung vor, nicht nur die religiöse Moral zu untergraben, sondern auch Ehebruch und andere „umstrittene Praktiken“ zu befördern.

Jede Gelegenheit, Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter zu diskutieren, wird überschattet von Diskussionen um eine angebliche Unterstützung von LGBTIQ-Themen. Intolerante Fraktionen befürworten die Kriminalisierung von Geschlechterdiversität und fördern ein Umfeld, das Gewalt begünstigt. Auch wenn sie Geschlechterdiversität aufgrund ihrer religiösen Anschauung ablehnen, darf dies kein Freibrief für Gewalt oder Verfolgung sein. Bemühungen von Aktivist:innen, sich für die Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen, werden von diesen Gruppen zunehmend unterdrückt.

## **Wie steht es derzeit um häusliche Gewalt und ihre potenzielle Bedeutung als Schwerpunktthema für die Wahlen 2024?**

Verschiedene Aspekte von häuslicher Gewalt sind eng mit dem Engagement der Regierung für ihre Eindämmung verbunden. Um die Umsetzung des Gesetzes zur Beseitigung häuslicher Gewalt (Penghapusan Kekerasan Dalam Rumah Tangga, PKDRT) zu stärken, sind koordinierte Anstrengungen notwendig, insbesondere zur Prävention und Bekämpfung der tief verwurzelten Ursachen, die mit einer patriarchalen Kultur verbunden sind. Trotzdem das Gesetz seit Jahren existiert, wird es von der vorherrschenden Rechtskultur und -struktur oft nicht angemessen unterstützt. In einigen Fällen wird der Grundsatz der restaurativen Gerechtigkeit fälschlicherweise als einfache „Versöhnung“ interpretiert, wodurch ungleiche Geschlechterdynamiken ignoriert und Opfer häuslicher Gewalt ungerecht behandelt werden.

Artikel 34 des Ehegesetzes von 1974 perpetuiert weiterhin eine diskriminierende Rollenverteilung zwischen Ehepartner:innen und trägt so zu anhaltenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Gesellschaft bei. Diese Artikel müssen einer Überarbeitung oder gerichtlichen Überprüfung durch das Verfassungsgericht unterzogen werden.

Die Umsetzung des Gesetzes, das häusliche Gewalt regelt, stößt insbesondere bei der Bekämpfung häuslicher sexueller Gewalt auf Hindernisse. Für viele ist es schwer zu verstehen, dass auch innerhalb der eigenen vier Wände Vergewaltigungen stattfinden können. Daher ist es für zukünftige Amtsträger:innen entscheidend, ihr Engagement für die Umsetzung des PKDRT-Gesetzes zu zeigen, wobei der Schwerpunkt auf der Transformation kultureller Normen innerhalb der Gesellschaft und der Strafverfolgung liegen muss und die Ursachen dieser vorherrschenden Kultur adressiert werden müssen.

Während sich die Wahlen 2024 nähern, stehen politische Parteien vor erheblicher Polarisierung, die die aufstrebende Dynamik der Präsidentschaftskandidaten beeinflusst. Größere Parteien streben nach Konsolidierung, die sowohl ihre Parteimitglieder als auch Wähler:innen betrifft. Während einige Parteien internen Zusammenhalt zeigen und zahlreiche weibliche Kandidatinnen aufstellen, bleibt das Auftauchen einer her-

ausragenden weiblichen Figur, die sich leidenschaftlich für feministische Anliegen einsetzt, fraglich. Bedauerlicherweise vertreten einzelne politische Parteien kontraproduktive Positionen, wie z.B. der Gesetzentwurf zur Resilienz von Familien, das auf einem Geschlechterkonzept beruht, das die Belastung von Frauen im Haushalt verstärkt. Die Stärkung von Familien, um häusliche und sexuelle Gewalt zu verhindern, ist wichtig. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Stimmen von Frauen zum Schweigen gebracht oder ihre individuellen Rechte innerhalb der Familienstruktur negiert werden.

Trotz positiver Einstellungen zu Geschlechterfragen bei einigen Präsidentschafts- oder Vizepräsidentenskandidaten klafft eine Lücke zwischen dem politischen Anspruch und ihrem Handeln. Einige Kandidaten folgen weiterhin tradierten geschlechtsspezifischen Narrativen. Daher ist es wichtig, sich genauer mit der Interpretation der Programme, die sie ansonsten unterstützen, zu befassen, die oft über das hinausgehen, was in ihren Wahlprogrammen skizziert wird.

### **Was sind deine persönlichen Erwartungen an die Regierung oder die Kandidaten bei den bevorstehenden Wahlen bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte?**

Sowohl Regierungen als auch Kandidaten spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte. Die Exekutive ist in der Verantwortung, die Umsetzung des Gesetzes gegen sexuelle Gewalt sicherzustellen. Gesetze und Richtlinien, insbesondere zum Schutz der Rechte von Frauen und vulnerablen Gruppen, müssen gestärkt werden. Das Fehlen endgültiger Durchführungsbestimmungen zum Gesetz gegen sexuelle Gewalt wirkt sich nachteilig auf die Gerechtigkeit der Opfer bei der Strafverfolgung aus.

Es besteht die Hoffnung, dass rechtliche Schutzmaßnahmen für Hausangestellte rasch umgesetzt werden, beispielsweise die Ratifizierung des Hausangestelltengesetzes. Die Wahrung des Schutzes inländischer Arbeitnehmer:innen könnte



© Watch Indonesia!

zudem einen Präzedenzfall dafür schaffen, dass andere Nationen im Gegenzug unsere Bürger:innen schützen, die im Ausland in ähnlichen Funktionen beschäftigt sind. Darüber hinaus ist ein starkes Engagement erforderlich, um Geschlechter- und soziale Inklusion in allen Prozessen und Richtlinien zu verankern. Initiativen sollten mit Programmen beginnen, die eine Kultur der Gerechtigkeit und der Gleichstellung der Geschlechter auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen fördern, angefangen bei Familien, Gemeinschaften und Regionen bis hin zur nationalen Ebene, und die auf die Er-

füllung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ausgerichtet sind. Ebenso wichtig ist die Stärkung der Strafverfolgung, um den Erfahrungen von Frauen und schutzbedürftigen Gruppen Rechnung zu tragen.

Bei der Bewältigung von Umweltproblemen und dem Klimawandel ist eine stärkere Betonung von Geschlechterfragen und sozialer Eingliederung unerlässlich. Es gibt Gesetze und Verordnungen zu diesen Themenkomplexen, diese berücksichtigen jedoch überwiegend männliche Perspektiven. Die Beteiligung von Frauen, die sich oft auf Kampagnen zur Abfallbewirtschaftung, Energieeinsparung oder Aufforstung beschränkt, sollte ausgeweitet werden, um eine sinnvolle Beteiligung und den Zugang zu Informationen in Planungs- und Entscheidungsprozessen einzuschließen. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der Lebenssicherung von Frauen in verschiedenen Sektoren.

Ein weiterer entscheidender Aspekt betrifft zivilgesellschaftliche Handlungsräume. Diese dürfen nicht weiter eingeschränkt werden. Die Wahrung und Erweiterung des Raums der Zivilgesellschaft ist von entscheidender Bedeutung und würde die Bereitschaft der Regierung unterstreichen, mit der Zivilgesellschaft bei der Wahrung der Menschenrechte zusammenzuarbeiten. Im Kontext der Wahlen 2024 wird die Wahrung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume, insbesondere in Bezug auf Menschenrechte und Frauenfragen, zu einem zunehmenden Problem.

Indonesien ist bestrebt, sich als Land mit höherem mittleren Einkommen zu positionieren. Aber kommt das wirtschaftliche Wachstum gleichermaßen Frauen und benachteiligten Gruppen zugute oder verschärfen sich im Gegenteil ökonomische Ungleichheiten? Maßnahmen, die die Landnutzung beeinflussen, können beispielsweise die Lebenschancen von Frauen erheblich einschränken und erfordern daher besondere Aufmerksamkeit. Der Schwerpunkt sollte daher nicht nur auf dem Wirtschaftswachstum liegen.

### Unsere Interviewpartnerin

**Khotimun Sutanti** ist geschäftsführende Koordinatorin der indonesischen Rechtshilfeorganisation LBH APIK. Sie engagiert sich seit vielen Jahren aktiv in der rechtlichen und politischen Interessenvertretung, führt Forschungsarbeiten durch und entwickelt Programme zur rechtlichen Stärkung von Frauen und der Gesellschaft, insbesondere für Gemeinschaften auf Graswurzelebene.

Das Interview führte **Kartika Manurung**, Vorstandsmitglied von Watch Indonesia! e.V. Sie promoviert an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zum Thema Organisationsstrategien indonesischer Arbeiter:innen und Frauen.